



MEHR VIelfALT AM FELD

Die EU entscheidet in Kürze, ob alte Saatgutsorten wieder mehr Chancen bekommen werden. **Seite 3**



KLIMA-UMFRAGE

Wie stehen die OberösterreicherInnen zu den Auswirkungen des Klimawandels? Mehr auf **Seite 4**



STERNE WIEDER SEHEN

Mit dem neuen Lichtschutzgesetz wird in OÖ wieder öfters der Sternenhimmel zu sehen sein. **Seite 7**

OÖ.PLANET

AUSGABE NR. 118
JULI 2023 25. JAHRGANG

GRÜNE ZEITUNG FÜR OBERÖSTERREICH

OÖ.PLANET NR. 04/2023 | PREIS: € 1,- | ÖSTERREICHISCHE POST AG | GZ 02Z031264 M
DIE GRÜNEN | LANDESGRUPPE OÖ | 4040 LINZ | LANDGUTSTR. 17 | RETOUREN AN POSTFACH 555 | 1008 WIEN



DIE MILLIONÄRSSTEUER MACHT ÖSTERREICH GERECHTER

Wer ein Leben lang hackelt, zahlt in all den Jahren hunderttausende Euro an Steuern und finanziert damit Kindergärten, Schulen, Öffis, Krankenhäuser und die Gehälter jener, die unsere Gesellschaft am Laufen halten.

Wer aber viele Millionen erbt, eine Villa oder große Aktienpakete, zahlt genau nichts für die Gemeinschaft. Mehr über die Forderung einer Millionärssteuer für Millionen-erben auf Seite 2



Foto: Mikko / Unsplash

DEN BODENFRASS STOPPEN!

Die Grünen haben der kürzlich vom Landwirtschaftsministerium vorgelegten Bodenstrategie nicht zugestimmt. Die darin enthaltenen Zielvorgaben waren nicht verbindlich und hätten das gesteckte Ziel nur mehr 2,5 ha pro Tag Boden zu verbrauchen klar verfehlt.

Die Verhandlungen um eine neue Bodenstrategie waren bereits auf der Zielgeraden, als der Gemeindebundchef Alfred Riedl das im Koalitionsabkommen festgelegte Ziel von 2,5 ha infrage stellte und sogar von Zahlenspielerien sprach. „Damit verteidigt er die weitere Zerstörung wertvoller Böden und Lebensräume in unseren Gemeinden“, sagt die Umweltsprecherin der Grünen, Astrid Rössler. „Wer sich für die Fortsetzung von Asphaltwüsten einsetzt, raubt den nächsten Generationen ihre Zukunft. Ohne verbindliche Zielvorgaben wird der Bodenfraß weitergehen. Die Zeit der Ausreden ist vorbei,“ mahnt Rössler und fordert die Bodenstrategie jetzt zügig mit verbindlichen Zielen und Maßnahmen zu ergänzen.

Allen ist klar: Der Bodenschutz beginnt in den Gemeinden, und vielfach endet er auch dort. Das Einkaufszentrum oder die Siedlung am Stadtrand ist für Investoren und Bauträger aus vielen Gründen attraktiver als Lagen im Zentrum. Für Gemeinden ist Bodenschutz jedoch eine Investition in die Zukunft und sie übernehmen hier auch eine führende Rolle.

Österreich braucht Rahmenbedingungen, die Revitalisierung und Verdichtung in den Ortszentren einfacher und kostengünstiger zu machen.

■ MARCO VANEK



Foto: Tim Meyer / Unsplash



ZUGESPITZT



■ MARCO VANEK
CHEFREDAKTEUR
MARCO.VANEK@
GRUENE.AT

ENDLICH INS
TUN KOMMEN

Seit 25 Jahren, genau seit Mai 1998, begleitet der oö.planet medial die hiesige Landespolitik. Bei Erscheinen der ersten Ausgabe waren die Grünen gerade einmal ein halbes Jahr im oö. Landtag vertreten und voll auf Opposition eingestellt. Die drei Grünen Abgeordneten Rudi Anschöber, Doris Eisenriegler und Gunther Trübswasser zählten zu dieser Zeit zu den fleißigsten RednerInnen und AntragstellerInnen im Landesparlament. Sie nahmen sich um Themen an, die heute aktueller denn je sind.

Klima-, Umwelt- und Naturschutz stehen nun seit einem Vierteljahrhundert ganz oben auf unserer Themenliste im Blatt, wie auch das Aufzeigen von Missständen im Land.

Es hilft nicht wirklich weiter, wenn wir durch die heutigen Klima-Nachrichten vor Angst in Schockstarre verfallen oder zynisch werden und einfach weiterblättern. Wir müssen da irgendwie wieder herauskommen. Im März haben die ExpertInnen des Weltklimarates der UNO ihren großen Klimabericht vorgelegt. Jede und jeder weiß, es schaut nicht gut aus. Doch der Bericht hat auch eine gute Botschaft: Wir können die Klimakrise meistern. Wir müssen nur wollen – und schleunigst damit anfangen. In diesem Sinne werden wir auch die nächsten Jahre unermüdlich darüber schreiben, wer aller bereits ins Tun gekommen ist und was noch zu tun ist. Vor allem unsere KlimaheldInnen und vorbildlichen Projekte machen gleichzeitig Mut und Lust, ein Teil der Lösung zu sein...

... meint Marco Vanek
oö.planet Chefredakteur

DANKE,
LIEBER MARCO!

Liebe Leser:innen, dass wir auch heute wieder die neue Ausgabe des oö.planet in Händen halten, verdanken wir ganz wesentlich unserem Chefredakteur Marco Vanek. Schon seit beeindruckenden 25 Jahren kümmert er sich „von vorne bis hinten“ um die Zeitung der oberösterreichischen Grünen. Die Aufbereitung der Zukunftsthemen für eine interessierte Leser:innenschaft ist ihm seit Jahrzehnten ein großes Anliegen. Danke, lieber Marco, für ein Vierteljahrhundert Ausdauer, Leidenschaft, Kreativität und Überblick für unsere gemeinsame Zeitung.

■ URSULA ROSCHGER
(FÜR DIE GRÜNEN OÖ)

EINE MILLIONÄRSSTEUER
IST FÜR ALLE GERECHT!

Erben macht viele Menschen reich und das in Österreich steuerfrei. ArbeitnehmerInnen hingegen zahlen während ihres Erwerbslebens hunderttausende Euro an Steuern und Abgaben. Eine Millionärssteuer dagegen wäre gerecht und bringt für alle was.

■ MARCO VANEK

Kürzlich wurde wieder eine Vermögensbilanz veröffentlicht. Demnach schrumpfte das Finanzvermögen der ÖsterreicherInnen um etwa 3,5 Prozent. Da aber das Sachvermögen an Wert gewonnen hat, ist das Gesamtvermögen doch etwas gestiegen, zeigt der Global Wealth Report der Boston Consulting Group (BCG). Doch das Finanzvermögen bleibt in Österreich sehr ungleich verteilt. 335 der superreichen Menschen mit mehr als hundert Millionen Dollar halten in unserem Land

ein Drittel der Finanzwerte, im westeuropäischen Vergleich sind es hingegen 17 Prozent des Finanzvermögens. Zu den reichsten ÖsterreicherInnen gehören die Familien Porsche und Piech, laut WirtschaftsMagazin Trend mit einem Vermögen von über 51 Milliarden EUR, gefolgt von den Erben des Dosenmultis Mateschitz, der vor seinem Tod auf ein Vermögen von 16,4 Milliarden Euro kam. Dahinter folgen die Großaktionärin der Reifenfirma Continental, Elisabeth Schaeffler und ihr Sohn Georg (9,4 Mrd. EUR), Novomatic-Gründer Johann Graf (5,5 Mrd.), der Immobilienentwickler Michael Tojner (4,7 Mrd) und Rene Benko (zuletzt 4,9 Mrd. EUR)...

Vermögen werden
ungleich vererbt

Indem Vermögen immer weitervererbt wird, steigt die Ungleichheit in der Gesellschaft. Stirbt in der Gruppe der reichsten zehn Prozent jemand, besteht die Chance von 71,1 Prozent, dass Hinterbliebene etwas erben. Im Vergleich dazu: Bei

VON EINER MILLIONÄRSSTEUER
HABEN ALLE WAS

Auf den ersten Blick wirkt das so, als würden nur jene, die eine solche Steuer nicht betrifft, davon profitieren. Aber zu gewinnen haben auch jene etwas, die die Steuer entrichten müssen. Sie geben einen Teil ihres Erbes an die Staatskasse ab. Aber sie erhalten dafür eine gerechte und stabile Gesellschaft mit hohem Lebensstandard. Die wohl

bekannteste Vertreterin in Österreich ist zurzeit Marlene Engelhorn. Sie fordert: „Besteuert mich endlich.“ Sie soll von ihrer Großmutter Traudl Engelhorn-Vechiatto einen zweistelligen Millionenbetrag erben. 90 Prozent davon will sie spenden.

→ [freda-magazin.at/
gerechtigkeit/
millionaerssteuer/](https://freda-magazin.at/gerechtigkeit/millionaerssteuer/)

WER ERBT WIEVIEL?

10%
der österreichischen
Bevölkerung



Durchschnittliches Erbe:
830.000 Euro

90%
der österreichischen
Bevölkerung



Durchschnittliches Erbe:
120.000 Euro

Quelle: Freda-Magazin / Grafik-agentur+

den restlichen 90 Prozent erbt gerade einmal jede und jeder Dritte überhaupt etwas. Und Erben ist nicht gleich Erben. Während die oberen zehn Prozent durchschnittlich 830.000 Euro erben, erben die unteren 90 Prozent im Durchschnitt gerade einmal 120.000 Euro.

Grüne, Arbeiterkammer und
ÖGB für Millionärssteuer

2008 hob der Verfassungsgerichtshof in Österreich die Erbschaftssteuer wegen Verfassungswidrigkeit auf. Seither gab es keinen entsprechenden Ersatz. Wer heute viele Millionen erbt, eine Villa oder große Aktienpakete, zahlt genau

nichts für die Gemeinschaft. „Die Vermögen von wenigen werden immer mehr und für die vielen gibt's nix“, sagt der Grüne Bundessprecher Werner Kogler. „Da ist doch was verkehrt. Da muss sich was ändern. Deshalb will ich eine Millionärssteuer für Millionenerben.“

Auch die Arbeiterkammer und die Gewerkschaft (ÖGB) sind für eine Millionärsabgabe. Beide Organisationen fordern einen progressiven Steuertarif ab einem Nettovermögen von einer Mio. Euro. Bei Steuersätzen von 0,5 bis 1,5 Prozent wären damit Einnahmen für den Staat von bis zu 5 Mrd. Euro möglich, heißt es in der Aussendung.

WERNER KOGLER AUF DIALOGTOUR



Im Rahmen seiner bundesweiten Diskussionsreihe war der Grüne Vizekanzler zu Gast im Linzer Wissensturm. Die Themen des Abends reichten von Klimaschutz, Energiewende, Bodenschutz bis zum leistbaren Leben für alle. Kogler war vor etwa 200 BesucherInnen in seinem Element. Er begeisterte, fesselte und erklärte, vor welchen Herausforderungen wir stehen. Dass echter Klimaschutz nur mit einer kraftvollen Energiewende möglich ist, sollte allseits bekannt sein. Noch nie wurde beim Ausbau der Erneuerbaren Energien so viel erreicht wie unter Grüner

Regierungsbeteiligung. Wo die Herausforderungen liegen, wer und was bremst und was noch zu tun ist, um das Land unabhängig von Öl, Gas, Kriegstreibern und Despoten zu machen, hat Werner Kogler schlüssig und eindrucksvoll dargelegt...



Fotos: Zoe Goldstein



Fotos: © Arche Noah, Schifflern



Foto: © Rupert Pessl

MEHR VIELFALT FÜR FELD UND GARTEN

Noch im Sommer möchte die EU das Saatgutrecht novellieren. NGOs wie die Arche Noah befürchten, dass damit das Industrie-Saatgut noch stärker bevorzugt wird. Doch das Gegenteil ist notwendig: mehr Vielfalt statt Einfalt.

MARCO VANEK

Bereits vor zehn Jahren gab es von der EU den Versuch, das Saatgutrecht an die Wünsche der Agrarindustrie anzupassen und zum Beispiel die Weitergabe von Vielfalts-Saatgut einzuschränken. Nach europaweiten Protesten von kritischen Bäuerinnen, BürgerInnen und NGOs wurde das Vorhaben abgeblasen.

Noch im heurigen Juli soll die EU-Kommission einen Vorschlag für ein neues Saatgutrecht veröffentlichen. Arche Noah aus Österreich und andere europäische NGOs befürchten, dass die EU den Wünschen der Agro-Industrie entgegenkommt.

Saatgutrecht aus den 1960ern

Eigentlich ist es längst an der Zeit, die europäischen Saatgutvorschriften zu verändern. Zum Teil uralte Vorschriften aus den 1960er Jahren prägen noch heute die Richtlinien. Kurz nach dem Zweiten Weltkrieg war das europäische Ziel eine konkurrenzfähige Saatgut-Industrie aufzubauen, die im Stande war, eine Hochleistungsproduktion hochzufahren. Was einst breit akzeptiert und auf den ersten Blick erfolgreich war, entpuppt sich heute als Sackgasse. „Die Klimakrise und der dramatische

Verlust an Biodiversität sind heute drängende Probleme, zu deren Lösung ein modernes Saatgutrecht seinen Beitrag leisten muss“, fordert Magdalena Prieler, die für die Arche Noah in Brüssel arbeitet.

„Nur vier Firmen beherrschen mehr als 50 Prozent des Saatgut-Weltmarktes.“

In den letzten Jahrzehnten ist in der Saatgutwirtschaft ein agroindustrieller Komplex entstanden, wo nur einige wenige große Player den Ton angeben. Die sieben größten Unternehmen haben über 60 Prozent des globalen Saatgut-Marktes in der Hand. Nur vier Firmen – Bayer, Corteva, Syngenta und BASF – beherrschen mehr als 50 Prozent des Saatgut-Weltmarktes. Darüber hinaus kontrollieren

diese Big Four noch fast zwei Drittel des weltweiten Pestizidmarktes.

Magdalena Prieler bemängelt, dass heute fast ausschließlich Saatgut zugelassen wird, dessen Pflanzen von anderen Sorten klar unterscheidbar und in sich uniform und über die Jahre hinweg unverändert sind. Am Beispiel der Tomate sieht man ganz deutlich diese Entwicklung: Wenn alle Tomatenfrüchte einer Sorte gleich groß, gleichfarbig und von gleicher Qualität sind, dann eignen sie sich am besten für die industrielle Verarbeitung. „Allerdings sind sie genetisch verengt und anfällig für Krankheiten. Es braucht daher einen Kurswechsel in der EU-Saatgutpolitik. Statt Einfalt auf unseren Feldern und in unseren Gärten brauchen wir Vielfalt. So sind wir widerstandsfähiger bei Krisen und Totalausfällen“.

KEIN EINHEITSBIER

Das neue Patentrecht in Österreich weist den Wunsch der großen Bierkonzerne nach eigenen patentierten Gerstensorten in die Schranken.

MARCO VANEK

Es war eine kleine Novellierung des Patentrechts, das aber für die Zukunft große Auswirkungen haben wird. Auf Initiative der Grünen änderte kürzlich der Nationalrat das Patentrecht und verbot Patente auf Pflanzen und Lebensmittel aller Art. „Wir stellen damit sicher, dass es für keine Form der konventionellen Züchtung mehr Patentschutz

geben wird“, freut sich der Grüne Agrarsprecher **Clemens Stammler**, der die Initiative einbrachte. „Dies ist zum Vorteil der heimischen Landwirtschaft, der Ernährungssicherheit und in Folge auch für die kleinen Brauereien“.

Diese litten unter den bisherigen Patentbestimmungen. Zwei riesige Bierkonzerne haben die Schlupflöcher im Europäischen Patentrecht genützt und Patente auf bestimmte Sorten für Braugerste erhalten. Durch die kürzere Reifezeit im Tank haben diese Konzerne einen Wettbewerbsvorteil. Bis jetzt galt: Treffen kleine Brauereien durch Zufall bei den Brauereirohstoffen auf denselben Rohstoff, wie



Foto: Marco Vanek

auf einen gentechnisch veränderten, dann könnten sie auf Patentrechtsverletzung geklagt werden. Eine erfolgreiche Klage hätte massive finanzielle Auswirkungen für diese Brauereien gehabt.

Brauchen Pflanzenvielfalt am Feld

Die Vielfalt auf den Getreidefeldern nahm in den letzten Jahren massiv ab. Von ursprünglich mehr als 200 Getreidesorten seien nur mehr 20

übriggeblieben. „Früher fanden sich die besten Agrarflächen Österreichs in Niederösterreich. Durch die klimatischen Veränderungen sind dies momentan die Felder in Pasching bei Linz. Für jede Region könnten in Zukunft eigene Sorten notwendig werden. Diese Sortenvielfalt muss für alle zugänglich sein. Die Entwicklung angepasster Sorten, in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft vor Ort, darf nicht durch Patente blockiert oder beschränkt werden“, sagt Clemens Stammler.

NEUE REGELN FÜRS EUROPÄISCHE SAATGUT

Fragen an Magdalena Prieler, die sich als politische Referentin von Arche Noah in Brüssel für die Pflanzenvielfalt einsetzt.



Welche Bedeutung hat die Reform des EU-Saatgutrechts?

Magdalena Prieler: Sie wird die Spielregeln für den europäischen Saatgutmarkt für die nächsten Jahrzehnte festlegen. Die EU-Kommission könnte mit dem Gesetzesvorschlag einen Kurswechsel einleiten und die Kulturpflanzenvielfalt von ihren rechtlichen Fesseln befreien.

Was sind eure Befürchtungen?

Der Vorschlag könnte zu Verschlechterungen bei der Erhaltung der noch vorhandenen Vielfalt führen. Die Erhaltung von Kulturpflanzen wird derzeit fast ausschließlich von Gärtnerinnen und Bäuerinnen geleistet. Diese Art der Erhaltung ist besonders wertvoll, weil sich die Sorten durch den regelmäßigen Anbau an sich verändernde Umweltbedingungen anpassen.

Was könnte sich in Österreich ändern?

Derzeit dürfen GärtnerInnen und BäuerInnen in Österreich Saatgut zum Zweck der Erhaltung in kleinen Mengen weitergeben. In anderen EU-Staaten, z.B. Polen und Estland, ist der private Tausch von Saatgut unter BäuerInnen verboten. Laut Ankündigungen der zuständigen EU-Generaldirektion für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit möchte die Kommission einen Mittelweg gehen, was zu einer Verschlechterung der rechtlichen Situation in Österreich führen könnte.

Welche Verbesserungen erwartet ihr?

Für lokal angepasste Sorten sollen die derzeitigen Beschränkungen auf kleine Mengen und kleine Verpackungen endlich der Vergangenheit angehören. Das schafft erweiterte Vermarktungsmöglichkeiten. Die verpflichtende behördliche Zulassung von Sorten für den Hobby-Bereich dürfte aufgehoben werden.

IMPRESSUM

oö.planet 04/2023 Zulassungsnr.: GZ 02031264 M
MedieninhaberInnen: Die Grünen OÖ und die Grüne Bildungswerkstatt, beide 4040 Linz, Landgutstraße 17
HerausgeberInnen: Die Grünen OÖ, die Grüne Bildungswerkstatt OÖ und der Klub der Grünen im oö. Landtag. **Die Redaktion:** Mag. Marco Vanek (Chefredakteur), Mag. Gerhard Niederleuthner, Mag. Markus Ecker, Ursula Roschger
MitarbeiterInnen und AutorInnen: Mag. Herbert Voraberger, Severin Mayr, Dr. René Freund, Sarah Schneider. **Korrektorat:** Mag. Barbara Vanek
Fotos: www.bilderbox.com, istock, Grünes Archiv, Mag. Marco Vanek, Ron Sandmayr
Gestaltung: agentur g+, Mag. Gerhard Niederleuthner und Gernot Wartner
Produktion: Mag. Marco Vanek, Mag. Gerhard Niederleuthner
Adressverwaltung: Tel.: 0732/73 94 00
 Richard Steinmetz, service.oee@gruene.at
Druck: Wimmer Medien Druck, Linz
Verbreitete Auflage: 22.000 Stück
 Die nächste Ausgabe des oö.planet erscheint Mitte Oktober 2023.

„MEHRHEIT FÜR ENTSCLOSSENES AGIEREN IN KLIMAFRAGEN“

Was denken die OberösterreicherInnen über die Auswirkungen des Klimawandels? Das Umweltressort des Landes Oberösterreich hat eine Umfrage beim Meinungsforschungsinstitut SORA in Auftrag gegeben.

■ MARCO VANEK

Ein Großteil der OberösterreicherInnen spürt bereits selbst die Auswirkungen des Klimawandels, sei es durch den Anstieg der Hitzetage, höhere Gefahr durch Waldbrände oder schwere Schäden durch Naturkatastrophen. Doch sechs von zehn OberösterreicherInnen sind überzeugt, dass die Landespolitik zu wenig dagegen tut.

„Diesen Eindruck muss ich leider bestätigen“, so Klima- und Umweltlandesrat Stefan Kaineder: „Wir kommen in Oberösterreich kaum voran, was einige Sektoren

in der Energiewende betrifft. Es fehlt ein klarer Plan mit Reduktionszielen in den kommenden Jahren. Den Windkraftausbau wollte man bis vor kurzem völlig verhindern. Der Druck aus Wirtschaft und Bevölkerung angesichts der Energiekrise dürfte aber zu einem kleinen Umdenken geführt haben, und es wird nun ein homöopathischer Ausbau an bestehenden Standorten von der Landeskoalition in Aussicht gestellt. Völlig vorbei an den Sorgen der Menschen in Oberösterreich, die mit einer Mehrheit von 87 Prozent den Ausbau Erneuerbarer



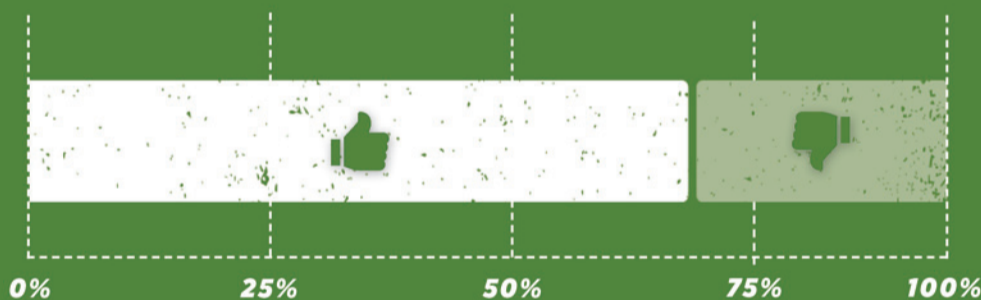
Energien auch als Schlüssel für stabile Energiepreise sehen“.

Der Meinungsforscher Christoph Hofinger fasst zusammen: „In der Vergangenheit haben Krisen wie Wirtschaftseinbrüche die Umweltthemen stets in den Hintergrund gedrängt. Corona, Krieg in der Ukraine und Inflation haben jedoch diesmal nicht dazu geführt, dass die Menschen in Oberösterreich das Thema Klima und Energie als weniger dringlich erachten. Es gibt nach wie vor sehr breite Mehrheiten für entschlossenes Agieren in Klimafragen.“

DAS BEFÜRCHTET OÖ FÜR UNSERE KINDER & ENKEL DIE DREI GRÖSSTEN FOLGEN



OÖ HAT GROSSES VERSTÄNDNIS FÜR DIE SORGEN JUNGER MENSCHEN UM IHRE ZUKUNFT



QUELLE: SORA | N=600



FERNWÄRME: GERINGERE PREISSTEGERUNGEN

Stefan Kaineder hat als zuständiges Landesregierungsmitglied für die Preisfestsetzung angekündigt, das zugrundeliegende Preismodell für heuer auszusetzen. Nach langen Verhandlungen sind nun die Preisanträge der drei der Preisfestsetzung unterliegenden Fernwärmebetreiber eingetroffen und diese liegen unterhalb der durchschnittlichen Inflationsrate seit der letzten Preisfestsetzung August 2022, die 10,16 Prozent beträgt.

So haben Energie AG und LINZ AG als auch die eww Gruppe jeweils Höchstpreisanträge in der Höhe von 8 Prozent gestellt.

HALLSTÄTTERGLETSCHER IN ZWANZIG JAHREN ABGESCHMOLZEN

Große Betroffenheit gab es unter den zwanzig SchülerInnen des BRG Enns, als sie mit Stefan Kaineder und dem Meteorologen Klaus Reingruber an den Rand des Hallstättergletschers wanderten. Im Rahmen eines Schulprojektes informierten sich die SchülerInnen über die konkreten Auswirkungen des Klimawandels.

„Wir sehen am Messprogramm am Hallstätter Gletscher, in welch atemberaubendem Tempo sich die Klimakrise beschleunigt, erläutert Stefan Kaineder. „Ein Klimarekord reiht sich um

den anderen und unsere Ökosysteme kommen mehr und mehr unter Druck. Lange Zeit bleibt nun nicht mehr, um eine Klimakatastrophe abzuwenden. Klar ist auch schon, dass wir den Hallstätter Gletscher nicht mehr retten können, auch in den optimistischsten Klimaszenarien. Aber es ist ein Alarmsignal, dass wir hier schleunigst eine wirkungsvolle Klima- und Energiestrategie und eine Beschleunigung beim Ausbau erneuerbarer Energien brauchen.“

Jetzt KlimaretterIn werden: mit-dir.at/mitmachen



Umwelt- und Klima-Landesrat Stefan Kaineder zeigt SchülerInnen des BRG Enns den Rückgang des Hallstätter Gletschers seit 1856.

KLIMA- UND ENERGIEWENDE BESCHLEUNIGEN!

Ein Mix aus verschiedenen Maßnahmen ist notwendig, die Klima- und Energiewende umzusetzen. Wo läuft es gut, wo gibt es noch großen Handlungsbedarf?

■ SARAH SCHMIDT

Wer aufmerksam übers Land fährt, bekommt den Eindruck, dass gefühlt bereits jedes zweite Einfamilienhaus eine Photovoltaikanlage auf dem Dach hat. Die Nachfrage nach Förderungen für PV-Anlagen ist sehr hoch. Die Bundesländer haben bei der Umsetzung der Klima- und Energieziele, vor allem beim PV-Ausbau, gegenüber den Vorjahren stark aufgeholt. Der Aufwärtstrend bei Solarenergie sei jedoch auch für alle anderen erneuerbaren Technologien erforderlich. Das war der übereinstimmende Tenor bei der Podiumsdiskussion im Rahmen des Fachdialogs zur Energiewende vom Dachverband Erneuerbare Energie Österreich (EEÖ) in Wien.

In der Studie zur „Klima- und Energiestrategie der Länder“ veröffentlichte die Österreichische Energieagentur (AEA) Zahlen zum aktuellen Stand beim Ausbau der erneuerbaren Stromerzeugung. Schließlich soll das Land bis 2030 ja unabhängig von fossilen Energieimporten werden und auf erneuerbare Stromerzeugung umgestellt haben. Um das ambitionierte Ziel der Energiewende zu erreichen, klafft landesweit noch eine Lücke von

3,6 Terrawattstunden. Im Jahr 2021 haben immerhin noch 16,3 Terrawattstunden gefehlt, sagte der AEA-Leiter Energiewirtschaft und Infrastruktur, Günter Pauritsch.

Beim Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch wurden laut Studie die Ziele der Länder fast zur Gänze an die Bundesvorgaben angeglichen. Großer Handlungsbedarf besteht weiter beim Energiesparen. Die entsprechenden Vorgaben dazu finden sich im inzwischen abgeschwächten Energie-Effizienz-Reformgesetz 2023. „Die Bundesländer dürfen dabei nicht einzelne Technologien herauspicken und favorisieren, sondern müssen entsprechend ihrer Potenziale alle realisieren“, forderte EEÖ-Geschäftsführerin Martina Prechtl-Grundnig. Der von der Energieagentur ermittelte 10-Jahres-Trend zeigt, dass bei gleichbleibendem Engagement alle Energieziele stark verfehlt würden.



Foto: Philippe Murray-Pietsch / Unsplash



Foto: Colin Watts / Unsplash

Flächen und Gesetze dringend notwendig

Nach wie vor mangelt es in allen Bundesländern an ausgewiesenen Flächen für den Windkraftausbau. „Es fehlt an Personal in den Genehmigungsbehörden, um die Verfahren rasch abzuarbeiten und nicht wieder künstlich Warteschlangen zu erzeugen“, erläuterte IG Windkraft-Geschäftsführer Stefan Moid.

Trotz positiver Dynamik bei den PV-Ausbauzielen braucht es noch entsprechende Landesgesetze für PV auf Gebäuden und Infrastruktur, geeignete Flächen für Großprojekte und leistungsfähige Stromnetze. „Doch die meisten Bundesländer agieren planlos und haben bei den Voraussetzungen für Großprojekte blinde Flecken“, kritisierte die Geschäftsführerin des Bundesverbands Photovoltaic Austria, Vera Immitzer. Damit würden die Länder einen abrupten Abbruch des aktuellen PV-Aufwärtstrends riskieren, so ihre Warnung.

Energieeffizienz im Fokus

Im Rahmen eines klimaneutralen Österreichs bis 2040 sei künftig mit einem noch höheren Bedarf an erneuerbarer Energie, besonders in der Stromerzeugung, zu erwarten. Auch der Gesamtenergieverbrauch müsse deutlich gesenkt werden. „Die Energiewende ist eine Strom- und Energieeffizienzende“, betonte die Energieagentur. Generell muss der Ausbau der erneuerbaren Energiequellen Hand in Hand mit den Effizienzmaßnahmen erfolgen. Laut Klimaexpertinnen müssen bei Treibhausgasemissionen bis 2030 pro Jahr rund 3,4 Prozent eingespart werden. Dieser Wert liegt deutlich über den 0,8 Prozent, die von 2005 bis 2019 eingespart wurden.



Foto: Andreas Gockhorn / Unsplash



Foto: Benjamin Jovan / Unsplash

PHOTOVOLTAIK-FÖRDERUNGEN SIND HEISS BEGEHRT

Großer Andrang herrschte auch im Juni, als der zweite Call für die PV-Förderung über die Bühne ging. In dieser Runde hat die Ökostromabwicklungsstelle Oemag 45 Millionen Euro vergeben. Weitere 50 Millionen Euro stellte der Klima- und Energiefonds zur Verfügung. Auch diesmal waren - wie beim großen Ansturm bei der ersten Förderrunde im März - die Fördermittel binnen kurzer Zeit vergeben.

Das gesamte Förderbudget für die Errichtung einer PV-Anlage beläuft sich heuer auf insgesamt 600 Millionen Euro. Davon wurden 320 Millionen Euro bereits ausgegeben. In der Kategorie A und B bis 20 Kilowattstunden, die für Privathaushalte relevant ist, wurden die Fördermittel von 108 Millionen Euro bereits ausgeschöpft.

Die Abwicklungsstelle hat nach eigenen Angaben 31.000 Kleinanträge abgewickelt. Weitere 60.000 Anträge liefen über den Klima- und Energiefonds. In der ersten Runde im März wurden laut Oemag alle privaten Anträge berücksichtigt. Somit konnte der Rückstau abgearbeitet werden.

Zwei weitere Fördercalls

Wie immer gilt für kleine PV-Anlagen das „First-come-first-serve-Prinzip“. In der Vergangenheit kam es bei der Antragstellung immer wieder zu technischen Problemen. Firmennetzwerke mit mehreren Computern, aber nur einer IP-Adresse, zählten nur als ein Antragsteller. Bei zu vielen Klicks wurden alle Computer gesperrt, um private Anträge zu berücksichtigen. Die Oemag empfiehlt daher, den Antrag nicht von einem Firmennetzwerk aus zu stellen. Für heuer sind noch zwei weitere Förderrunden - im September und im Dezember - geplant. (SaS)

„LICHT UND SCHATTEN IN OBERÖSTERREICH“

Vera Immitzer vom Bundesverband Photovoltaic über den Ausbau der Solarenergie in OÖ.

■ SARAH SCHMIDT

Wie ist die Situation beim PV-Ausbau in Oberösterreich?

Vera Immitzer: Die aktuellen Marktdaten zeigen: Aufgrund von Flächengröße und Einwohnerzahl liegt Oberösterreich mit einem Zubau von 243 MW unter den Top 3, gefolgt von Niederösterreich und der Steiermark. Es ist aber ein Bundesland mit Licht und

Schatten. Auf der einen Seite hat man sich ein ambitioniertes Ziel bei Solarenergie gesetzt. Immerhin soll die aktuell installierte Leistung von 800 MW in den nächsten acht Jahren auf 3.500 MW gehoben werden. Im Bereich der Dachanlagen sind die gesetz-



lichen Rahmenbedingungen sehr brauchbar. Positiv zu erwähnen ist auch die kürzlich gestartete Förderung für PV-Carports. Anders sind die Rückmeldungen der Branche im Freiflächenbereich: Für Großprojekte werden kaum Flächen zur Verfügung gestellt, die jedoch ebenso genutzt werden müssen.

Wo sehen Sie weitere Schattenseiten?

Vera Immitzer: Es ist verwunderlich, dass Landeshauptmann Stelzer erst kürzlich den Zubau von PV-Projekten mit insgesamt 200 MW als große Ausbauoffen-

sive mit Paukenschlag ankündigte. Das entspricht gerade einmal sieben Prozent der erforderlichen PV-Leistung. Im Burgenland wird diese Leistung allein über eine einzige Anlage erreicht. Der Paukenschlag ist damit bestenfalls ein Glöckchen.

Weiters verwunderlich ist auch, dass Oberösterreich, anders als andere Bundesländer, nicht das Ziel des 100 Prozent erneuerbaren Strom verfolgt. Wir haben im letzten Jahr schmerzhaft gelernt, wie stark wir von fossiler Energie abhängen. Daher ist es irritierend, wenn ein Industrieland dabei nicht wesentlich engagierter vorgeht.

Die aktuelle Marktstatistik bestätigt: Österreich schafft erstmals einen Jahres-PV-Zubau von über einem Gigawatt. Die für 2040 angepeilte Klimaneutralität erfordert aber eine weitere Kraftanstrengung.

2022 war das Auftaktjahr des Erneuerbaren-Ausbau-Gesetzes, zugleich hat der hohe Strompreis Bevölkerung und Unternehmen in die eigene Sonnenstromproduktion getrieben. Entsprechend groß war der Zubau. Unternehmen melden aber bereits eine sinkende Nachfrage. Daher ist es unklar, wie sich der Trend fortsetzen wird.

KOMMENTAR



■ SEVERIN MAYR
KLUBOBMANN DER
GRÜNEN IM OÖ. LANDTAG
SEVERIN.MAYR@
GRUENE.AT

EINE CLOWNESKE RUND UM DAS ENERGIESPAREN

Probleme erkennen, bearbeiten und lösen. Das ist eine der Kernaufgaben der Politik. Zumindest im Verständnis der Grünen. Dass andere Parteien einen gelinde gesagt differenzierten Zugang haben, zeigt das Beispiel Energieeffizienzgesetz. Im Nationalrat von ÖVP, Grünen und Neos beschlossen, gibt es verpflichtende Energiesparziele vor. Nicht aber für die Bundesländer, weil die SPÖ die nötige Verfassungsmehrheit durch ihre grundsätzliche Blockadepolitik verhindert hat. Wir Grünen wollten im Landtag, dass sich Oberösterreich durch ein Landesgesetz zu diesen Energiesparzielen verpflichtet. Das wiederum hat die ÖVP hier im Land abgelehnt. Nochmals zusammengefasst: Eine Partei stimmt in Wien dagegen, aber in Oberösterreich zu. Das hilft aber nicht, weil die andere Partei in Wien zustimmt, aber hier im Land nicht. Widersinnig,

„Auf der Strecke bleibt die Energieeinsparung. Parteipolitik schlägt Sachpolitik, Strategie den Klimaschutz.“

eine verkehrte Welt. Clownesk. Auf der Strecke bleibt die Energieeinsparung. Parteipolitik schlägt Sachpolitik, Strategie den Klimaschutz. Und mehr noch. So ein Vorgehen untergräbt das ohnehin müde Vertrauen der Leute in die Politik. Es füttert den Vorbehalt, dass es den Parteien vor allem ums Eigeninteresse geht. Bleiben zwei Fragen. Wann schafft die ÖVP endlich einen stringenten Klimaschutzkurs, aus dem nicht ein Bundesland, eine Teilorganisation oder eine Interessenvertretung aus irgendeinem Grund ausscheidet? Wie glaubwürdig sind jegliche Bekenntnisse der SPÖ, wenn sie Klimaschutz als Faustpfand für Forderungen einsetzt und achselzuckend bereit ist, weitreichende Maßnahmen ihren politischen Zielen zu opfern? Klimaschutz ist offenbar dann gut, wenn es leicht, allen genehm und eigendientlich ist. Aber so funktioniert das nicht.



Foto: Mika Baumrister / Unsplash

STERNENGUCKEN LEICHT GEMACHT

Ein paar helle Kleckse am Firmament und wir sprechen von einem Sternenhimmel. Großer Irrtum. Was wir bestaunen, ist ein Abklatsch dessen, was es tatsächlich zu sehen gäbe. OÖ bekommt ein eigenes Lichtschutzgesetz.

■ MARKUS ECKER

Foto: Mirindaugas Virkus / Unsplash

Funkelnde Metropolen oder taghell gestaltete Einkaufsmeilen mögen für manchen imposant wirken, aber sie stehen für eine pure, immer massivere Lichtverschmutzung, genährt durch grelles Kunstlicht. „Es schadet uns Menschen und Tieren gesundheitlich, da es den natürlichen Tag-Nacht-Rhythmus durcheinanderbringt. Und es schadet dem gesamten Ökosystem und dem Klima, da es Unmengen an teurer Energie verbraucht“, bringt die Grüne Klimaschutzsprecherin Anne Sophie Bauer die Folgen auf den Punkt.

Lichtwende in Oberösterreich

Dieses Licht drehen die Grünen ab. Sukzessive, aber konsequent. In ganz Oberösterreich. Nein, wir verteilen keine Kerzen, ziehen keine Stecker. Wir sorgen für gutes, schonendes Licht. Wir sorgen für eine Lichtwende im Land. Denn Oberös-

terreich bekommt ein eigenes Lichtschutzgesetz. Lange gefordert von den Grünen und mit viel politischer Überzeugungsarbeit vorangetrieben von Anne-Sophie Bauer. Das Vorhaben hat alle Ausschüsse passiert und wird im Herbst im Landtag beschlossen. Das heißt: Die Gemeinden bekommen nun ein konkretes und nachvollziehbares Regelwerk, um auf gutes und gesundes Licht im Außenraum umzustellen. Sei es eine Straßenbeleuchtung, die nach oben abgeschirmt ist, die sensorgesteuert dann Licht abgibt, wenn es gebraucht wird oder eine Lichtfarbe, die Auge und Umwelt schont. Die technischen Möglichkeiten sind seit geraumer Zeit vorhanden, wie ein gemeinsamer Lokalausgang aller Fraktionen im Sternpark Attersee-Traunsee gezeigt hat. In fünf Gemeinden des einzigen offiziellen österreichischen Dark Sky Parks wurde die Straßen- und Gebäude-Außenbeleuch-

tung bereits umgerüstet. Dort ist bereits vollzogen, was nun im ganzen Land folgen wird. Dafür waren auf politischer und fachlicher Ebene die legislativen Details der Umsetzung zu klären. Es mussten die entsprechenden Normen rechtlich verankert werden, um für die Gemeinden Rechtssicherheit bei der Beleuchtungsumstellung zu schaffen. Klingt komplex, ist es auch, muss es aber klarerweise sein. Denn die Umstellung ist keine Lappalie. „Es ist eine fundamentale, weitreichende

Änderung, und sie wird für alle im positivsten Sinn sichtbar und spürbar sein“ meint Bauer, denn „Oberösterreich bekommt Licht, das schonend genau dort leuchtet, wo es gebraucht wird und nirgends sonst. Eine Win-Win-Situation für Mensch, Natur und Energiebilanz“.

Konstruktive Erleuchtungen

Dass der Weg ein leichter war, ist kaum zu behaupten. Ein Unterfangen solcher Tragweite wird wenig überraschend von Skepsis, Einwänden bis hin zu Widerständen begleitet. Im Endeffekt aber ist diese Lichtwende nicht nur in der Sache beispielgebend. Sie führt auch vor, wie Politik funktionieren sollte. Ein Problem wird erkannt, eine Lösung wird definiert, diskutiert, und gemeinsam umgesetzt. Etliche weitere Herausforderungen warten auf ähnlich konstruktive Erleuchtung.



Klimaschutzsprecherin
Anne-Sophie Bauer

DAS KINDERLAND NUMMER 1 IST NOCH WEIT ENTFERNT

Zum Kinderland Nummer 1 soll Oberösterreich werden. Das ist lobenswert, aber nicht weniger mutig bis verwegen.

■ MARKUS ECKER

Denn der Aufholbedarf ist eklatant. Mit der Kinderbetreuungs-Novelle setzt Schwarz-Blau nach langem Druck erste Schritte. Mehr Geld, mehr und kleinere Gruppen soll es geben. „Aber das sind nur die ersten Meter auf einer langen Reise“, sieht der Grüne Bildungssprecher Reinhard Ammer weitere Aufgaben. Von einem verbesserten Betreuungsschlüssel über mehr Vor- und Nachbereitungszeiten

bis hin zu weniger Bürokratie. Vor allem muss es eine Personaloffensive geben „denn für etliche Maßnahmen, die bereits in der Novelle verankert sind, brauchen wir deutlich mehr ElementarpädagogInnen“, betont Ammer. Zudem kann es laut Ammer nicht um das beste Ranking gehen, sondern um das Beste für die Kinder und die

ElementarpädagogInnen. Das heißt nicht nur mehr Kinderbetreuung in Quantität, sondern auch in Qualität. Übrigens nicht zugestimmt haben die Grünen der nun ermöglichten Suspension von Kindern von der Betreuung. „Das kommt für uns nicht in Frage. Das ist ein Makel dieser Novelle“.

Ein zweiter Makel ist grundsätzlich. Es ist das altbackene Frauenbild, das sich in konservativen Kreisen hartnäckig hält. In der Landtagsdebatte repräsentiert von ÖVP Klubobmann Dörfel. Einen direkten Weg zur Zwangsarbeit junger Mütter sieht er im geforderten Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr „Das ist nicht nur

ein unsäglicher Sager. Er zeigt einen völlig überholten Zugang zur Frauenpolitik, und erklärt, warum Oberösterreich bei der Kinderbetreuung seit Jahren nachhinkt“, meint die Grüne Frauensprecherin Dagmar Engl. Zudem passt dieses Weltbild so gar nicht zu den Forderungen der personalsuchenden Wirtschaft. Sie weiß, dass eine Vereinbarkeit von Job und Familie nur mit einem massiven Ausbau der Kinderbetreuung möglich ist und nur so mehr Frauen die Chance auf Berufstätigkeit haben „Klubobmann Dörfel redet sowohl an den Wünschen der Frauen als auch der Wirtschaft vorbei“, meint Engl. Das zu erkennen wäre ein Gewinn für die ÖVP und vor allem für die Frauenpolitik.



Frauensprecherin Dagmar Engl

Foto: Die Grünen OÖ

MEHR ARBEITSKRÄFTE FÜR DAS LAND!

Der Fachkräftemangel ist kein österreichisches Spezifikum. Europaweit wird Personal gesucht. Aber mit seinem rigiden Fremdenbild hat sich Oberösterreich in diesem Wettbewerb eine eher bescheidene Ausgangssituation geschaffen.

MARKUS ECKER

Dass in Oberösterreich viele Arbeitskräfte fehlen, ist keine berauschend neue Erkenntnis, aber ein immer gewaltigeres Problem. Ein Gesundheitswesen, eine Pflege oder auch Gastronomie, aber auch ein IT-Sektor ohne ausländisches Personal. Unvorstellbar. Nicht machbar. Wirtschaft und Industrie inseparieren, plakatieren und drohen zu resignieren. Mit heimischem Personal ist der Fachkräftebedarf schon lange nicht mehr zu decken. „Die Lage wird sich weiter zuspitzen und birgt eine reelle Gefahr für den Wirtschaftsstandort Oberösterreich. Das heißt, wir brauchen deutlich mehr Arbeitskräfte-Zuzug aus dem Ausland“, nennt der Grüne Klubobmann im Landtag, Severin Mayr, das schlichte Faktum. So weit reicht auch der politische Konsens. Er endet aber an den Details des Wie, an ideologischen Denkmustern und der atmosphärischen Grundpositionierung Oberösterreichs.

Die Rot-Weiß-Rot-Karte ist grundsätzlich ein probates Instrument, ausländische Arbeits-

kräfte auch für Oberösterreich zu gewinnen. Bereits verbessert, gehört sie aber weiter reformiert, sind weitere Hürden zu beseitigen. Gefordert auch von Wirtschaftskammer und Industriellen-Vereinigung mit guten Ansätzen. Aus Sicht der Grünen kann es aber nicht nur um den Zuzug gehen. „Wir müssen auch jenen Arbeitskräften das Bleiben



Foto: Daniele Franco/Unsplash

ermöglichen, die bereits hier im Land arbeiten. Menschen abzuschieben, die noch dazu dringendst gebraucht werden, ist völlig unsinnig. Und genau da hat die Reform anzusetzen“, meint Mayr höchst umstrittene Abschiebefälle wie jene einer bestens integrierten Familie in Haslach.

Migration wird negativ eingefärbt

Denn ÖVP und FPÖ in Oberösterreich sind zu dieser konsequenten Reform nicht bereit. „Auf der einen Seite wirbt man Pflegekräfte von den Philippinen an, auf der anderen Seite wirft man Menschen aus dem

Land – bestens integriert, mit besten Deutschkenntnissen. Eine verkehrte Welt“, meint die Grüne Integrationssprecherin Ines Vukajlović. Von dieser ideologischen Komponente ist es nur ein kleiner Schritt zur Frage, welches Grundbild Oberösterreich vermittelt. Wie geht das Land mit Offenheit und dem Neuen um? Dieses atmosphärische Grundbild ist eher trüb. Es harmoniert nicht mit dem weltoffenen Selbstbild des Landes und ist kaum dazu angetan, dass Menschen ausgerechnet Oberösterreich als Lebens- und Arbeitsstätte wählen. Das hat einen oder mehrere Gründe, und zwar in Wort und Tat. „Wenn Schwarz-Blau Migration konstant negativ einfärbt und vor allem ein Koalitionspartner im vermeintlich Fremden vor allem Gefahr sieht und eine ‚Festung Österreich‘ fordert, ist so ein Bild kaum verwunderlich“, meint Vukajlović. Dazu kommen gesetzliche Bestimmungen „die darauf abzielen, ausländischen Menschen möglichst wenig Unterstützung zukommen zu lassen und ihnen das Leben so schwer wie möglich zu machen. Sozialhilfe und Wohnbeihilfe sind dafür treffende Beispiele“. Dies alles schafft eine Atmosphäre, die Oberösterreich auch für qualifizierte ausländische Fachkräfte bestenfalls mittelmäßig attraktiv macht. Wer will schon in ein Land, in dem eine steife Brise der Abneigung weht?

MEHR ZUGÄNGE ZU UNSEREN SEEN

„Wir müssen freie Seenzugänge sichern und neue schaffen. Erste Schritte hat das Land zwar gesetzt. Aber warum will Schwarz-Blau dies nicht verpflichtend machen“, ist die Weigerung der Koalition für den Grünen Raumordnungssprecher **Rudi Hemetsberger** unerklärlich. In den kommenden heißen Sommertagen werden die Leute wieder zu den Seen strömen. Dass es vor allem an den Salzkammergut-Seen an freien Zugängen mangelt, ist bekannt. Das Land hat das zumindest erkannt und gemeinsam mit den Bundesforsten Fortschritte erzielen können. „Das dürfen aber keine einmaligen Entscheidungen und Erfolge sein, Kauf und Pacht von Seegrundstücken müssen permanent fortgesetzt werden“, meint Hemetsberger. Nur noch 13 Prozent der Uferlänge des Attersees sind gut zugänglich, 76 Prozent sind bereits in Privatbesitz.



MEHR JOBCHANCEN

Entschlossene Schritte, um Menschen mit Beeinträchtigung am Arbeitsmarkt zu integrieren, fordert die Grüne Behindertensprecherin **Ulrike Schwarz**. Das ist derzeit eher Ausnahme als Regel. Schwarz fordert „erstens mehr inklusive Ausbildungsangebote sowohl in der Lehre als auch in den berufsbildenden Schulen. Bedarfsorientiert, mit entsprechender Ausstattung und geschultem Personal. Zweitens müssen wir für eine echte Durchlässigkeit des Arbeitsmarktes sorgen, damit die Betroffenen die Chancen auch ergreifen können“. Der Weg in den Arbeitsmarkt ist für die Betroffenen hürdenreich. Viele junge Menschen mit Behinderung finden nach dem Ende ihrer Schulpflicht keine adäquate Anstellung und landen erst wieder in Angeboten der fähigkeitsorientierten Aktivität, wo sie weder versichert noch mit dem Einkommen ein eigenständiges Leben führen können. „Nur bessere und mehr Ausbildungsangebote können diese Situation ändern, den Betroffenen reelle Jobchancen eröffnen und so ein wirklich selbstbestimmtes Leben ermöglichen“.



SCHWARZ-BLAUES TAGEBUCH

3. JULI 2023

Mein liebes Tagebuch, die Gedanken sollten auf die Tastatur fließen, es tröpfelt aber nur, und das meiste ist Schweiß – jo man, Somma homma, das Land geht die nächsten Wochen wieder in Standby. Ist a ja beliebt zu schauen, was die Politiker so machen. Vielleicht die Badehosen in den Wind hängen, statt dem Fandl und schau, was gut gremt ist und was net so. A karrieregeknickter Landeshauptmann wird in sein See sinieren und sie fragen, was a Burgermasta hat, was er net hat. Der Babler Andi wird se vielleicht fragen, ob des mit dem Marx net eher a Murx war und sei Bibliothek überprüfen und jeder Rote,

der in die Ferien wegfliegt, wird genau schauen, ob er eh beim richtigen Gate ist. Der Kanzler Nehammer wird se a Schiazn umbinden. Es kann doch net so schwer sei, so ein E-Fuel zsammixen, an Zylinder-Sunrise, Blei-Tai oder an süffigen klimaneutralen Sprit on the Beach. Und ich könnt ma vorstellen, dass Herbert der Streitbare a Burgen- und Schlössertour macht und se anschaut, was von Festungen so überblieben is.

Schau ma noch nach Oberösterreich, was Schwarz-Blau so machen könnt. Wann ma unterm Jahr scho so zusammenhalt, sollt man des a in die Ferien. Sie könnten bei Linzer

Schmankerl zuschauen, wie die Sun hinterm Westring in der Donau versinkt. A unbezahlbarer Ausblick. Oder a Sandplatz Kickerl machen, bei Ohlsdorf wart viel Platz dafür. Wegen dem Proporz tatens eh die anderen Parteien a einladen. Glaub aber kaum, dass die wollen, weil seh nur die verschossenen Balln holen dürften. Oder sie fahren an an See und wanns kann freien Weg ins Wasser finden, könntens a Segelpartie machen, aber wann ma die Windkraft net mag, wird des eher langweilig. Dazwischen könnt der Landeshauptmann daham zammräumen und vielleicht taucht da der Klimajahresplan für heuer auf, den ma alle vermissen.

Aber ehrlich gsagt, die Leut wird grad heuer ziemlich wurscht sein, was die Politiker machen. Viele werden kane Urlaubsfotos in Album picken, sondern Kassazetteln und Stromrechnungen. Und die Familien werden krampfhaft a Kinderbetreuung suchen, weil sie die egoistischen Frauen Zwangskarrieren einbilden.

In diesem Sinne einen schönen Sommer allen Oberösterreicher:innen und ja, auch allen Niederösterreicher:innen – hoffentlich streicht ma des der Herr Landbauer net aussa.

MARKUS ECKER

linzpride2023: Feiern und politisch Druck machen



Fotos: Markus Pichler-Schneider

linzpride2023: 9.500 Menschen beim 12. queeren* Feiertag für alle

Ende Juni gab die LGBTQ*-Community (LGBTIQ: Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender, Intersexuell, Queer) ein sichtbares Zeichen gegen Homophobie und Diskriminierung. Mehr als 9.500 TeilnehmerInnen zählte die Parade und mehrere tausend mehr nahmen dann beim anschließenden regenbogenbunten Openair teil.

„Wir haben noch viel zu tun“, sagte Michael Müller, Vereinskönig der Homosexuellen Initiative Linz (HOSI). „Trotz einiger Fortschritte in den letzten Jahren sind wir noch weit entfernt von einer echten Gleichstellung. Das Antidiskriminierungsgesetz muss dringend an die spezifischen Rechte der LGBTQ*-Community angepasst werden.“ Die HOSI Linz als Veranstalter der *linzpride* fordert ein „Levelling Up“ der rechtlichen Situation, das vor Diskriminierung und

Hass schützt und auch Menschen aus der LGBTQ*-Community die gleichen Chancen und Möglichkeiten wie allen anderen Menschen garantiert. Denn bis heute ist es möglich einer queeren Person eine Taxifahrt oder sogar eine Wohnung zu verweigern. „Unter ‚Levelling Up‘ verstehen wir die Angleichung der rechtlichen und sozialen Situation von LGBTQ*-Personen in der gesamten Europäischen Union an die höchsten Standards, die in einigen Mitgliedsstaaten bereits erreicht wurden“, erklärt Müller. Dies beinhaltet unter anderem die Anerkennung und den Schutz von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften und Ehen, die rechtliche Anerkennung der Geschlechtsidentität von transidenten und intergeschlechtlichen Personen u.v.m.

**Petition: mein.aufstehn.at/
Suche: #SchutzFürAlle**



Musicensemble des Linzer Musiktheaters



Die lesbische Sängerin Aygyul: Putinkritisch und aus Russland geflohen



Die Grünen Andersrum OÖ und NRAbg. David Stögmüller



Politische Statements von Vertreter*innen des Linzer Gemeinderats

KEINE REGENBOGENFAHNE AM LANDHAUS

In aller Welt werden vor allem im Juni öffentliche Gebäude mit Regenbogenfahnen beflaggt oder mit anderer bunter Symbolik versehen. Auch das Parlament und Landtagsgebäude etwa in Wien oder Tirol und in vielen Städten machten heuer mit. In Oberösterreich lehnten hingegen ÖVP und FPÖ diese Beflaggung für das Landhaus ab. **Severin Mayer** und **Ines Vukajlović**: „Es sind Zeichen, dass die Gesellschaft sichtbar bunter, die Formen des Zusammenlebens und der sexuellen Orientierung vielfältiger geworden sind. Sie sind auch ein Zeichen der Solidarität, mit einer



Gemeinschaft, die immer noch mit Vorurteilen und Diskriminierung zu kämpfen hat. Schwarz-Blau verweigert dieses einfache Zeichen, und das mit teils kruden Argumenten“.

KONTAKT

Die Grünen OÖ – Die Grüne Alternative
Landgutstraße 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
Mail ooe@gruene.at
Web ooe.gruene.at
FB facebook.com/grueneooe

REDAKTION

oö.planet – Grüne Zeitung für OÖ
Landgutstr. 17, 4040 Linz
Tel. 0732/73 94 00 **Fax** DW 556
LeserInnenzuschriften:
Mail marco.vanek@gruene.at
Tel. 0732/73 94 00
Adressverwaltung: Richard Steinmetz
Mail service.ooe@gruene.at

DOPPELT VERSTEUERT?!

Was konservative Jugend, Bermudas, Abfangjäger und Teilen miteinander zu tun haben.

TEXT RENÉ FREUND

Letztes haben wir mit den (erwachsenen) Kindern über Erbschafts- und Vermögenssteuer gesprochen. Ich gebe zu, ich bin kein ausgewiesener Steuerexperte, aber ich bin dafür. Für die Erbschafts- und Vermögenssteuer.

Seltsamerweise ist die Jugend nicht immer so radikal und umstürzlerisch, wie ihr nachgesagt wird. Unsere Kinder zum Beispiel sind wesentlich konservativer als wir. Tochter E. zum Beispiel beklagte die große Ungerechtigkeit einer Erbschaftssteuer: „Das ist ja alles schon versteuert worden! Warum nimmt man den Leuten, die viel arbeiten und etwas riskiert haben, dann noch einmal etwas weg?!“ Ich erinnerte sie daran, dass sie selbst noch nie gearbeitet und noch nie Steuern gezahlt hatte, sondern ganz im Gegenteil vom Sozialsystem profitiert hatte, indem sie in eine öffentliche Schule, zum Arzt oder ins Krankenhaus gegangen war und auch manchmal Autobahnen oder öffentliche Verkehrsmittel benutzt hatte.

Sohn J. wiederum, der Wirtschaft studiert und bei dem mir naturgemäß die Argumente schnell ausgehen, sagt, dass Länder mit hoher Vermögenssteuer automatisch verarmen, weil alle Firmen und alle wohlhabenden Leute abwandern, sodass die Steuereinnahmen insgesamt weniger werden. Meine Antwort, dass man dann eben ein europäisches oder – besser noch – globales System einführen müsste, um die Schere zwischen Armen und Rei-

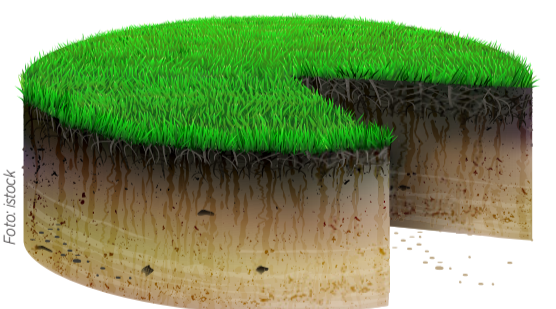


Foto: istock

chen nicht noch weiter aufgehen zu lassen, wird mit den Argumenten „Schweiz, Luxemburg, Jungferninseln, Bermudas“ quittiert.

Ehrlich gesagt, ich zahle nur mittelgarn Steuern. Das verbindet uns wohl alle. Auch würde ich die Steuern lieber für Bildung zahlen oder dafür, dass alleinerziehende Mütter sich die Miete leisten können, als für Abfangjäger oder die Schulden von René Benko. Könnte man da nicht vielleicht entsprechende Töpfe einrichten?

Die Kinder haben jedenfalls zugegeben, dass wir als Familie recht gut leben. Ich würde gerne weiterhin recht gut leben und möchte nicht, dass wieder mal alles von linken oder rechten Diktatoren über den Haufen geworfen wird. Wie ich das verhindern wollte, wurde ich gefragt. „Es gibt nur eine Möglichkeit“, antwortete ich, „und die heißt: Teilen.“

René Freund lebt als Autor im südlichen Oberösterreich. Am 24. Juli erscheint sein neuer Roman „Wilde Jagd“ im Zsolnay Verlag.